

Redebeitrag der Seebrücke Potsdam zur „Tanz in den Mai“-Veranstaltung von Utopia e.V., den Falken FFO, Linksjugend SOLID & dem DGB in Frankfurt (Oder) am 30.4.22

Wir sind von der Seebrücke Potsdam. Wir wurden gefragt, ob wir hier reden könnten, um mit einzubringen, dass es auch Menschen gibt, denen der Zugang zu den Institutionen, die wir heute hier gemeinschaftlich hassen, komplett verwehrt bleibt. Ohne freie Entscheidung und Sonstiges.

Wir könnten in der Rede jetzt sämtliche Parteien in den Dreck ziehen, die in Geflüchteten lediglich wirtschaftliches Potenzial und billige Arbeitskräfte sehen. Und darauf hinweisen, dass sie nicht, wie sie so oft betonen, refugees aus "Humanität" aufnehmen.

Aber wir gehen mal davon aus, dass das hier die meisten schon wissen und diese Parteien ohnehin nicht wählen.

Geflüchteten Schutz zu bieten, sollte nicht nur eine Selbstverständlichkeit sein, sondern eine völkerrechtliche Verpflichtung. Diese Verpflichtung sollte auf keinen Fall einer Kosten-Nutzen-Rechnung unterliegen.

Wir wollten die Rede hier zum Anlass nehmen, euch mal einen kleinen Einblick in ein paar rechtliche Grundlagen zu geben, wenn es um das Thema Arbeit für Geflüchtete hier in Deutschland geht. Die nächsten Minuten klingen vielleicht etwas trocken, sind nicht geschmückt mit irgendwelchen Parolen oder so. Aber wir finden es wichtig, dass mehr Leute sehen, wie absurd und beschissen nicht nur die gesamte EU-Außenpolitik, sondern auch wie bescheuert das deutsche Recht ist, wenn es bspw. um Arbeit geht.

Geflüchteten bleibt oftmals der Zugang zum Arbeitsmarkt verwehrt. Ein Zugang zum Arbeitsmarkt ist grundsätzlich nach drei Monaten für Asylbewerber:innen möglich, das allerdings nur, wenn diese nicht verpflichtet sind, in einer Erstaufnahmeeinrichtung zu wohnen. Asylbewerber:innen mit minderjährigen Kindern dürfen nach sechs Monaten arbeiten. Und nach neun Monaten öffnet sich der Arbeitsmarkt für Asylbewerber:innen ohne minderjährige Kinder (auch trotz Verpflichtung in Erstaufnahmeeinrichtungen zu wohnen). Geduldete haben nach sechs Monaten einen Arbeitsmarktzugang, wenn sie zum Wohnen in der Aufnahmeeinrichtung verpflichtet sind. Ansonsten nach drei Monaten.

Des Weiteren besteht eben kein Arbeitsmarktzugang für Asylbewerber:innen deren Asylverfahren als offensichtlich unbegründet oder unzulässig abgelehnt wurde und keine aufschiebende Wirkung der Klage angeordnet wurde. Und auch nicht für Geduldete, die das Abschiebungshindernis, so gesagt, selbst zu Verschulden haben oder ihre Mitwirkungspflichten bei der "Beseitigung des Abschiebungshindernisses" verletzt haben.

Außerdem benötigen Asylbewerber:innen und Geduldete grundsätzlich eine Arbeitserlaubnis, die durch die örtliche Ausländerbehörde erteilt wird. Die Bundesagentur für Arbeit muss der Beschäftigung in der Regel zustimmen. Ab dem 49. Monat (also dem 4. Jahr) ist aber dann keine Zustimmung der Bundesagentur für Arbeit mehr erforderlich jedoch weiterhin eine Zustimmung der Ausländerbehörde. (Danke für nichts)

Für bestimmte Beschäftigungen als Fachkräfte und bei Ausbildungen gilt ein erleichterter Arbeitsmarktzugang ohne Zustimmung der Bundesagentur für Arbeit. (1)

Könnt ihr noch durchblicken?

Wenn Geflüchtete einen Arbeitsmarktzugang haben, dann stehen viele in der Schlange vor ihnen, die nach dem "Vorrangprinzip" bei der Jobvergabe bevorzugt werden: Zuerst haben alle deutschen Arbeitnehmer:innen Anrecht auf eine freie Stelle. Danach EU-Bürger:innen,

Bürger:innen aus dem Europäischen Wirtschaftsraum usw. Erst danach dann geflohene Personen mit Arbeitsberechtigung, unbefristeter Aufenthaltserlaubnis oder Aufenthaltsberechtigung. Die Bundesagentur für Arbeit prüft, ob diese Regeln eingehalten werden. Nur bei Berufen mit Arbeitskräftemangel entfällt diese Vorrangprüfung. Für refugees die bspw. Ärzt:in oder Ingenieur:in werden möchten, gelten noch andere Gesetze: Sie müssen einen Antrag im Heimatland stellen. Wie auch immer das gelingen soll, wenn im Heimatland Krieg herrscht. (2)

Und dann gibts da ja auch noch den von faschistischen Gruppen reproduzierten Irrglauben, dass Asylsuchende mehr Geld bekämen als Menschen, die Hartz 4 beziehen. Eine Person, die im Asylverfahren ist, hat nur Anspruch auf Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz. Die Grundleistungen sind hierbei noch niedriger als die Hartz-IV-Leistungen. Trotzdem herrscht immer noch die Angst, dass Geflüchtete der vermeintlich "heimischen Bevölkerung" den Wohlstand wegnehmen.

Die Liste der Probleme mit denen geflüchtete Menschen konfrontiert sind, wenn sie in Deutschland anfangen wollen zu arbeiten, ist lang. Es gibt zu wenig Kurse, u.a. wenn es um berufsspezifische Deutschkenntnisse geht, parallel zur Arbeit müssen Sprachkurse bewältigt werden. Menschen haben keine Zeit Traumata zu verarbeiten, werden tagtäglich mit strukturellem Rassismus und Alltagsrassismus konfrontiert – Asylverfahren zu durchlaufen bedeutet Stress: Papierkram, der gefühlt niemals aufhört, Termine, Anrufe, Konfrontationen mit rassistischen Mitarbeiter:innen in der Ausländerbehörde, eine Behörde die nicht die kleinsten Ermessensspielräume nutzt, die sie eigentlich hätte und dringend abgeschafft werden sollte.

Man muss sich wirklich fragen was für positive Effekte sich "unsere" Regierung durch die stetig praktizierte Abschreckungspolitik erhofft: Denn Arbeitsverbote, Unterbringung in abgelegenen Massenunterkünften, fehlender Deutschunterricht oder Essenspakete statt Bargeld erschweren jede Eigeninitiative – die eigentlich doch so sehr gewollt ist. (3)

Als Grundvoraussetzung für einen Zugang zum Arbeitsmarkt braucht es auch einen Zugang zu Bildungseinrichtungen. Der Mangel an KiTa-Plätzen ist uns bekannt. Ein anderes Problem ist die Segregation, die als strukturelle Benachteiligung gewertet werden kann. Studien zeigen, dass die ein- oder zweijährigen Sonderklassen zum verstärkten Erwerb von Deutschkenntnissen häufig an segregierten Schulen angegliedert sind. Auch nach dem Übertritt in die Regelklassen haben neuzugewanderte Jugendliche oft kaum Kontakt zu Jugendlichen ohne Flucht- oder Migrationsgeschichte. In segregierten Schulen ballen sich verschiedene Probleme wie z.B. größere Klassen, ungenügend qualifiziertes und auch zu wenig Personal, mangelnde finanzielle und materielle Ausstattung. (4)

Zugang zu Bildung ist (eigentlich) ein Menschenrecht. Für Millionen Flüchtlingsfrauen und -kinder bleibt der Zugang zur Bildung ein Traum und ist keine Realität. Einen Platz im Klassenzimmer zu haben, ist für Flüchtlingskinder um ein Vielfaches schwieriger, als für ihre Altersgenoss:innen, die nicht flüchten mussten. Für Flüchtlingsmädchen ist es sogar noch schwieriger, einen solchen Platz zu bekommen und ihn auch zu behalten. Wenn sie älter werden, sind sie verstärkt mit Marginalisierung konfrontiert. Schlechte Ausstattung in Schulen, wie das Fehlen von geeigneten Toiletten oder Menstruationshygieneartikeln, halten Mädchen davon ab, eine Schule zu besuchen. Keine FLINTA* Person sollte von Bildung ausgeschlossen werden, nur weil der Schulweg zu weit oder zu gefährlich ist. Sie brauchen zusätzlich besseren Schutz vor sexuellen Übergriffen und Belästigungen.

Zugang ist das eine, aber dabei bleiben zu können und den Abschluss tatsächlich zu bekommen, ist das andere. In der Studienabbruchsforschung gibt es etwa das sog. „Student Integration Model“ wonach sich das Studienabbruchrisiko erhöht, je weniger sich die Studierenden sozial und akademisch an der Hochschule integriert haben. (5) Außerdem ist das nationale Bildungssystem nicht nur überaus anfällig und historisch bedingt durchsetzt von Klassismus, Rassismus, Sexismus und Ableismus - es reproduziert und manifestiert diese auch. Heute gibt es an zahlreichen Universitäten Gleichstellungsbüros, die dafür Sorge tragen sollen, dass die Hochschulen ihren rechtlichen Verpflichtungen in Sachen Gleichbehandlung erfüllen. Ihre Existenz ist Ausdruck der Erkenntnis, dass im Bildungssystem, das vor allem durch weiße cis-Männer geformt und betreten wurde, historisch gewachsene strukturelle Diskriminierungsmechanismen vorherrschen. Die Arbeit dieser Büros basiert auf den Erkenntnissen der Gender- und Diversityforschung. Diese Arbeit wird nicht wenig von kleinen und großen Anfragen der Partei AfD behindert, die beantwortet werden müssen und Kapazitäten rauben. Die Antifeminist:innen und Rassist:innen der AfD glauben nicht an die Notwendigkeit solcher Arbeit. Sie halten sie für sogenannte Männerdiskriminierung (lol) und rausgeschmissenes Geld. Sie ignorieren damit langjährige Forschung, verbreiten Fake News und erklären dem den Kampf. So wurde Dr. Maureen Maisha Auma, Professorin für Kindheit und Differenz an der Hochschule Magdeburg-Stendal durch die AfD Fraktion Sachsen-Anhalt auf übelste, rassistische, sexistische und menschenfeindliche Art attackiert und diskreditiert. (6) "Prof. Aumas Forschungsschwerpunkte sind u.a. Diversität in Bildungsmaterialien, Rassismuskritik und Dekolonialisierung. Ihre Beiträge für eine gleichberechtigte Gesellschaft und ihr Engagement gegen Rassismus und Diskriminierung – nicht nur in Wissenschaft und Forschung – sind vielfältig.

Wie kann es sein, dass es keinen bundesweiten Aufschrei gab? Wie kann es sein, dass die Professorin, die so wichtige gesellschaftliche Arbeit leistet und sich mit ihrem Engagement vor die Grundwerte unserer Verfassung stellt und sie in der Realität herstellen will, keine ausreichende mediale Solidarität erhält?

Wann ist es genug?

Insgesamt ist fragwürdig, wohin dieses Bildungssystem unsere Gesellschaft steuern soll. Ein ausreichendes Verständnis von Demokratie und Partizipation, von gegenseitiger Verantwortung, lehrt es jedenfalls nicht. Im Gegenteil. Was es aber sicher und bedrohlicher weise kann, das ist für einen Arbeitsmarkt bereit machen, der Leistungsträger:innen in Anzug und Kostüm durch Korridore schiebt. Wichtige Entscheidungsträger:innen, die ihre soziale Verantwortung höchstens darin sehen, die Reichen noch reicher zu machen und sich selbst dabei gleich mit. Das Bildungssystem ist von Anfang an die Vorprogrammierung einer personellen Dystopie: Es schubst Menschen aus sogenannten sozial schwachen Familien, also Menschen aus Familien an oder unter der Armutsgrenze als Arbeiter:innen in prekäre Jobs. "Sozial schwach" als Bezeichnung für Menschen ist übrigens ein absolut bekloppter Begriff, denn sozial schwach ist das System und nicht sie. Und doch, wir erinnern uns: Sie sind systemrelevant! Erst Corona – eine verdammte Pandemie – hat es geschafft, dass Menschen, die jeden Tag aufs Neue unterbezahlte Knochenarbeit und unbezahlte Überstunden in der Pflegearbeit leisten, ein paar Klatscher von Balkonen in Schöneberg, Potsdam West oder anderen Häuserreihen ernteten. So ein bisschen Anerkennung ist schön, kam aber zu spät und blieb zu dünn, und ohnehin füttert sie keine Konten und füllt auch keine Batterien. Wenn Burnout und Gelenkschmerzen den Alltag definieren, bleiben die Menschen damit allein. Häufig sind es auch Personen mit Wanderungsgeschichte, die extra angeworben werden,

damit sie in "unseren" Krankenhäusern die harte Arbeit verrichten. Klar, in einem kranken System wird auch die Arbeiterin krank. Ist das noch Symptom oder schon Charakteristikum?

Wieso können wir nicht ewig zur Schule gehen? Achja, richtig, weil da der Spaß auch nur halb in den Bänken sitzt – denn wer aufpasst, bemerkt: die Ausbildungsinhalte sind überfüllt mit Rassismen und Geschlechtsstereotypen. Immer noch ist auch hinreichende Sexualaufklärung und Selbstermächtigung abhängig davon, ob die jeweilige Lehrperson ein Verständnis dafür hat. Aber, wie soll mir das auffallen, wenn die Schule, die ich besuche, eben der Ort ist, an dem ich sozialisiert werde? Wenn das meine Perspektive auf die Welt ist, dann ist mein Horizont eben begrenzt. Auch im Lehramtsstudium wird bspw. die Kolonialgeschichte Deutschlands nur defizitär bis gar nicht behandelt, politische Bildung ist häufig eurozentristisch ausgerichtet und selbstverherrlichend. Wer will, dass eine Gesellschaft funktioniert, der muss das Wissen regieren lassen - nicht das Kapital!

Die Wissensvermittlung muss weiter gehen als bis zur nächsten Staatsgrenze gedacht, sie muss Weltgeschichte in ihren schrecklichen Dimensionen und die bis heute anhaltende Verstrickung Deutschlands in zahlreiche Menschenrechtsverletzungen und Ausbeutungsverhältnisse weltweit wiedergeben.

Jeder Tag, an dem Schüler:innen, Student:innen und Auszubildende in ihren Materialien nur unkritische, eindimensionale Inhalte finden, ist ein Tag zu viel.

Jeder Tag, an dem Arbeiter:innen nicht ausreichend entlohnt werden und keine Mitbestimmungsrechte in ihrem Unternehmen haben, ist ein Tag zu viel!

Jeder Tag, an dem Menschen auf Grund ihrer Herkunft der Zugang zu Arbeit, Uni oder Schule verwehrt wird, ist ein Tag zu viel.

Und jeder scheiß Tag, an dem die Ausländerbehörde noch existieren kann, ist ein Tag zu viel.

Egal wo mensch hinguckt - Arbeit, Uni, Schule - es ist eine verwobene Tragikomödie - und lachen tun am Ende wieder nur die, die es sich leisten können.

Quellen:

(1) Bundesministerium für Arbeit und Soziales:

<https://www.bmas.de/DE/Arbeit/Fachkraeftesicherung-und-Integration/Migration-und-Arbeit/Flucht-und-Aysl/arbeitsmarktzugang-fuer-fluechtlinge.html#doc09e515fd-079b-45a0-a7dd-cc385159965fbodyText1>.

(2) Zeit: <https://www.zeit.de/wirtschaft/2015-08/fluechtlinge-deutschland-mythen/komplettansicht>.

(3) PROASYL: <https://www.proasyl.de/thema/fakten-zahlen-argumente/fakten-gegen-vorurteile-2/>.

(4) Frankfurter Rundschau: <https://www.fr.de/politik/systematisch-benachteiligt-90035761.html>.

(5) Studienabbruch in Deutschland: Ausmaß, Ursachen, Folgen, Präventionsmöglichkeiten; Neugebauer, Heublein, Daniel, 2019.

(6) Website Migrationsrat - Angriff gegen Prof. Maisha Auma weit über Bayreuth hinaus brisant: <https://www.migrationsrat.de/angriff-gegen-prof-maisha-auma-weit-ueber-bayreuth-hinaus-brisant/>.